



Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2,40 Reichsmark, durch Ausgabekonten ohne Preiszugabe 1,40 Reichsmark. Der Post- und Fernschreiberpreis beträgt 40 Pfennige. Die Halle'sche Zeitung wird auch an den Sonntagen und Feiertagen ausgenommen. Die Halle'sche Zeitung wird auch an den Sonntagen und Feiertagen ausgenommen. Die Halle'sche Zeitung wird auch an den Sonntagen und Feiertagen ausgenommen.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Vor 8 Jahren fand an der jütischen Westküste das große deutsche Uterseeboot U 20. Es ist daselbst, das seinerzeit die Luftstation torpediert hatte. Seitdem lag das Boot als Wrack an der Küste. Das holländische Marineministerium hat jetzt beschlossen, das Wrack zu sprengen. Da in dem Wrack noch zahlreiche Pulvermagazine und große Mengen von Granaten liegen, muß die Zündschnur mehrere Kilometer lang sein und hinter Klippen gelegt werden.

In Leipzig begann gestern ein großer Arbeitertag. Joseph Schreiber, Karl Meier, Bernhard Stegmetz, Wilhelm Weisbach, bei denen am 17. August 1924 große Mengen Munition und Provisuren über revolutionäre Zerlegung der Reichswehr und Schöps gefunden wurden.

In ganzen Ruhrgebiet befaßten sich Verammlungen der sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände und der kommunistischen Union mit der Frage der Wiedereinstellung der Bergarbeiter. Die in Gießen abgehaltene Tagung der Gewerkschaftsräte des Bergarbeiterverbandes war der Ansicht, daß mit Rücksicht auf die bevorstehenden schweren Wirtschaftskämpfe im Ruhrgebiet eine Wiedereinstellung der Arbeiterfront dringend zu wünschen sei.

Wie verlautet, beabsichtigt das Berliner Polizeipräsidium nach den Erfahrungen der letzten Kravalle in Berlin, die Demonstrationen und den Straßen erster und zweiter Ordnung grundsätzlich zu unterlagen.

Die Staats- und Gemeindearbeiter von Berlin haben heute Nachforderungen von generell 30 Prozent überreicht. — Der Streit der Kölner Gemeindearbeiter ist beigelegt.

Der „Vorwärts“ meldet aus Breslau, daß das Landesarbeitsamt in Breslau und die Berliner Behörden einem Ersuchen der schlesischen Landwirte um Zulassung von polnischen Saisonarbeitern in Schlesien stattgegeben hat. Es sollen 1000 polnische Arbeiter in Schlesien zugelassen werden. Bei den Mitteilungen der deutschen Landwirtschaft, die polnischen Erntearbeiter durch deutsche zu ersetzen, muß die Befähigung der Kadriten erst abgeklärt werden.

Bei der Opiantenvermittlungsstelle in Schneidemühl laufen noch täglich in großer Zahl Anträge auf Zulassung von Auswanderern und landwirtschaftlichen Arbeitsträgern, insbesondere weiblichen Arbeitsträgern, ein. Derartige Arbeitsträger sind aus den Kreisen der Opianten nicht mehr verfügbar. Die Opiantenvermittlungsstelle hat ihre Aufgaben im wesentlichen erledigt und wird demnächst aufgelöst werden.

Der preussische Kultusminister hat die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen, daß das Anbringen von Antennen an Gebäuden von Denkmalswert nicht den Interessen der Denkmalspflege entspricht. Insbesondere führen Außenantennen an den weichen Gebäuden, allgemein aufgestellten, die Umgebung höherreichend übertragenden Richtstrahlen zu einer Schädigung dieser meist historisch und künstlerisch wertvollen Bauwerke sowie zu einer Schädigung des Ortsbildes. — Das Anbringen an Gebäuden aus einer Verletzung des religiösen Empfindens sein konnte, scheint dem Herrn Kultusminister nicht erwünschenswert zu sein.

Der Pariser „Herold“ meldet aus Moskau: Die deutschen 3 deutschen Gegenpartei, ist 2 Wochen in nur noch nomineller Sicherheitshaft. Sie dürfen nach Belieben Besuche empfangen und sich befähigen. Die Sowjetpresse erwartet mit Ungeduld, daß Deutschland durch die Begnadigung mehrerer Kommunisten die Bahn zu einer Entlassung der 3 Deutschen frei machen wird. Den Deutschen ist bisher eine Mitteilung, daß ihre Begnadigung vom Großen Sowjet empfohlen worden ist, noch nicht gegeben worden. (1)

Die Londoner „Daily Mail“ meldet: Für die am 11. September beginnenden englischen Manöver, an denen auch die gesamte Luftflotte Großbritanniens erstmals teilnimmt, ist die Parade ausgedehnt. Abwehrender Sandungarmee und eines in Großbritannien. Die Manöver sind die bisher größten in England, der Aufmarsch der Truppen erfolgt in der Richtung nach Süden, von wo die anrückende Invasionarmee gedrückt wird. — Deutlicher können die Engländer wirklich nicht zeigen, was sie von den „Bescheidenen“ Franzosen erwarten!

Wir lassen nicht locker!

Mit verlässlichen Ermittlungen stellen wir fest, daß das preussische Justizministerium es mit seiner Mühe für vereinbar hält, widerstandlose Beschuldigungen zu tun, deren Scherensaum noch überlassen werden kann. Bereits in unserer jüngsten Erklärung haben wir unmissverständlich erkennen gegeben, daß wir uns mit einem einfachen Beitreten unserer Behauptungen nicht zufriedengeben können. Trotzdem hat das Justizministerium gegenüber preussischen Abgeordneten erklärt, daß nicht behauptet, gegen uns vorzugehen. Durch schwächliche Verleumdungen des preussischen Pressebüros glaubt es unsere unangelegentlich Beschuldigungen abtun zu können. Das wird nicht gelingen. Unter dem Zwange dieses unangelegentlich Verleumdungen des preussischen Justizministeriums und vorwärts getrieben von dem Bewußtsein der Heiligkeit der Aufgabe, die wir uns gestellt haben, müssen wir nunmehr

Dinge zur öffentlichen Erörterung bringen, deren Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung des Staatsinteresses wir erachtet haben. Auch jetzt noch halten wir mit den schwersten Mitteln zu kämpfen zurück, in der Hoffnung, unter heftiger Angriff werde zu dem angebotenen Erlaß führen.

Wir haben das Justizministerium beschuldigt: 1. In den fülligen Slang, Verarm und Kautiser unter parteipolitischen Druck in den Gang scheinbarer Strafverfahren eingegriffen zu haben.

2. Seine Schutzpflicht gegenüber ihm unterstellten Beamten verletzt zu haben.

3. Schwere Eingriffe unternommen zu haben, um den Untersuchungs-Ausschüssen die Aufdeckung der Wahrheit unmöglich zu machen.

Das Justizministerium begnügt sich damit zu erklären:

„Unbegreiflich ist der Vorwurf, daß die Bearbeitung der Strafsachen gegen Zeman und Kautiser den früheren Bearbeitern ohne sachlichen Grund und unter dem Einfluß von politischen Freuden und Leidenschaften der Beschuldigten entzogen worden sei.“

Hierzu folgende Ergänzung: Kautiser hat gelegentlich eines von ihm erstellten Besuchs in der Charité dem Oberstaatsanwalt Vinde erklärt, er (Kautiser) werde dafür sorgen, daß dem Oberstaatsanwalt im Gegensatz zu den Altesoren Kaspar und Caspar seitens der Justizverwaltung nichts gefälscht werde.

Derselbe Kautiser hat dem Staatsanwalt Hooß an dem Tage, an dem im Justizministerium Beratungen darüber überboten, als Hooß in der Kautiser-Sache Decernent bleiben solle, mitgeteilt, dieses Amt werden die beiden Herren Hooß und Vinde beiderzeitig bleiben, denn gegen keine weitere Tätigkeit befinden seine Bedenten. Zwei Tage später telephonierte Kautiser dem Staatsanwalt Hooß in dessen Privatwohnung an und sagte, er wolle ihm eine freundliche Mitteilung machen. Die Frage des Herrn Hooß um was es sich handle, meinte Kautiser, er könne das nicht telefonisch sagen, er werde nach Moabit kommen.

In Moabit teilte Kautiser dann mit, daß Hooß Bearbeiter der Kautiser-Sache bleibe, wie er bestimmt durch Justizrat Werhauer erfahren habe. Nach der Scene nach diesem einseitigen Gespräch hatte der Chef der Berliner Staatsanwaltschaft weiter amtlich noch privatim vom Justizministerium Kenntnis davon erhalten, welcher seiner Beamten in der Kautiser-Sache betraut sei. Jetzt, nachdem die amtliche Mitteilung gekommen ist, kann sich

Herr Hooß als Staatsanwalt von Werhauer's Gnaden bezeichnen, als Staatsanwalt von Gnaden desselben Werhauer, gegen den nach Heine's Rantierung wegen Heiligtum zum Kreditbetrag zum Schaden der Seehandlung schwabte.

Wird das Justizministerium noch bestreiten, daß in ihm Einflüsse nichtamtlicher Art vorhanden sind und daß die preussische Rechtspflege gegenwärtig im Einvernehmen mit gewissen Beschuldigten gehandhabt wird?

Das preussische Justizministerium behauptet weiter:

„Gegen uns besteht die Behauptung, daß Beamte des Justizministeriums während der Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse schwerwiegende Schritte getan hätten, welche die Aufdeckung der Wahrheit verhinderten.“

Demgegenüber behaupten wir und stellen unter anderem:

Der Ministerialrat Kuhn hat bei seiner Erklärung gegenüber dem Untersuchungsausschuss über die Todesursache des früheren Ministers Hölle dem Ausschuss ein vorläufiges Gutachten vorgelegt, das vollständig abgeschlossen, mit einer positiven Feststellung endend, Schlussgutachten, an dem allein der Ausschuss gelegen sein konnte, planmäßig zurückgehalten.

Als daranhin der Ausschuss die erbliche Vernehmung zweier Beamter der Staatsanwaltschaft

Berliner Brief.

Entwaffnungsnote.

In Erwartung der Sicherheitsnote hat, wie wir erfahren, das Reichsgabinett die weiteren Beratungen über Entwaffnungsnote und Luftfahrnote ausgesetzt.

Dagegen hat beim General Walsch eine Berichtigung der deutschen Besatzungen mit der Interalliierten Kommission stattgefunden, die aber ergebnislos geblieben ist. General Walsch bewilligt

Keinleitig Aufschwächung der Entwaffnungsbedingungen.

Es ist nicht richtig, daß der General bereits einige Zugeständnisse an den deutschen Standpunkt gemacht haben soll, so sehr sich auch bisher der Führer der deutschen Streitkräfte, Generalleutnant von Fohdebeck, bemüht, die deutsche Unmöglichkeit für einen Teil der Entwaffnungsbedingungen nachzuweisen.

Der Pariser „Matin“ schrieb am Dienstag, daß die Reichswehrkommission mit der Verzögerung der Erfüllung der letzten Entwaffnungsbedingungen unzufrieden sei und daß sie dem General Walsch besondere Anweisungen nach Berlin mitgegeben habe. Man schreibe also die Hoffnungen auf Mitteilungen in der Entwaffnungsfrage hier, und behenke, daß, solange die Entente in der Entwaffnung nicht befriedigt ist, auch Köln nicht geräumt wird.

In Berlin glaubt man, daß die Verhandlungen in der Entwaffnungsfrage durch die neue Sicherheitsnote eine

nochmalige Verzögerung

erleiden werden. Man weiß, geht auch jetzt noch die Ansicht des Außenministers Stresemann dahin, daß Sicherheitspat und Entwaffnung einer gemeinsamen Aussprache zwischen Deutschland und den Alliierten zugestimmt werden soll.

Sicherheitsfrageverwickelungen.

Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Berlin, der Reichsaussenminister habe sich zu mehreren Vertretern der ausländischen Presse dahin erklärt, er sehe zu seinem ersten Garantieangebot, er lehne Erweiterungen nach jeder Richtung hin ab und er hoffe, gleichwie bei der Inhalt der Antwortnote sein werde, daß es mit der fortgeschrittenen Verfolgung seines Sicherheitsplans endlich zur Beendigung Europas kommen werde.

Der Pariser „Temps“ meldet, daß in den letzten Besprechungen zwischen Herrn von Hoßch und Briand auch

die Frage einer Amnestie

für die in dem geräumten Ruhrgebiet erfolgten Verurteilungen durch die Kriegsgerichte der Besatzungsarmee mehrfach erörtert worden sei. Die Durchführung des deutschen Wunsches begegne erheblichen Schwierigkeiten und sei für die nächste Zeit so gut wie ausgeschlossen.

Der Berliner „Secolo“ meldet, die italienische Regierung hat mit der Annahme des Briand'schen Antwortverweises ein neues Erudien an die alliierten Mächte gerichtet, das

die Einbeziehung der Brennergrenze

in den allgemeinen Sicherheitsvertrag betrifft. Die römische „Tribuna“ schreibt, daß Briand bereits bestimmte Aufzeichnungen gegeben habe, mo nach die Brennergrenze in den Konferenzen Beratungen von Frankreich unterstützt werden soll.

Entgegenkommen gegen Polen.

In den Beziehungen zu Polen scheint tatsächlich eine merkliche Entspannung eingetreten zu sein.

Heute verlautet, daß die polnische Handelsvertragsdelegation Ende nächster Woche nach Berlin zurückkehrt, und daß in der ersten Septemberwoche die offiziellen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden. Die Wirtschaftslage Polens wird hierfür mitbestimmend sein, wohl aber auch die Tatsache des neuen Sturzes der polnischen Währung, dessen Ende noch gar nicht abzusehen ist. Wie uns weiter berichtet wird, wird im Laufe des Wintors in Großpolen sämtliche

Zwangsausweisungsbeschlüsse an die polnischen Opianten zurückzuziehen.

Wenn bisher deutsche Entgegenkommen an allgemeines kein sollte, dann müßte man wahrhaftig aus Polen Gegenleistungen erwarten können, die den unglücklichen Zwangsausweisungen nachträglich noch Verbilligung ihrer Vermögenswerte in Polen zuerkennt und die für September angekündigten neuen Opiantenabmachungen aus Polen allgemein aufhebt.

Stinnesgerichte.

Die Stinnesgerichte haben sich weiter zuspitzen. In der Berliner Wörze sprach man heute von einer regelrechten „Stinnespleite“. Infolgtrollierbare Gerichte von einem teilweisen Verkauf der alten Stinneswerte in Wilhelm wurden durch eine Klage in „Fürst-Litze“ genötigt.



wonach die Hugo Stinnes Aktien-Gesellschaft in ...

Streichung der Schulden anzurufen, hat dessen ...

liche Wert 190 Millionen Kronen betraut. In ...

Kredittaktion für den gewerblichen Mittelstand.

Die interalliierten Schulden. Amerikanisches Abwinken gegen Frankreich.

Rechtsschwenkung in Frankreich. Wie das 'Echo de Paris' meldet, hat das ...

Tschechische Sozialisten und die Deutschen. Sehr scharf kritisiert das Prager sozialdemokratische ...

Ueber eine Million organisierte Angestellte. Das von der Reichsarbeitsverwaltung ...

Der genaue Inhalt der abgeschlossenen amerikanischen ...

Franszösische Dekaden. Ein hartes italienisches Urteil. Der 'Impero', das ...

Kommunalwahlen am 25. Oktober. Das Preussische Staatsministerium hat ...

Die Mannesmann-Konfessionen. Anlässlich der Firma Mannesmann ...

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon gibt bekannt, dass die ...

Die Tschechisierung von Marienbad. Die Tschechisierung des deutschen Marienbades ...

Die Preussische Landes-Armee. Der Ständige Ausschuss des Preussischen ...

Englische Aöte. Die kaum erst beigelegte Bergbaukrise ...

Frankreich kann zahlen! In einem 'Frankreich kann zahlen' ...

Comedie Francaise! 'Comedie Francaise' gibt es kaum einen, der ...

Revue-Bühnen, America's Theatermaschine, die hat in ihrem ...

'Das Wirtshaus zur Kapelle.' Unser neuer Roman. Gustav Schröder, der Verfasser ...

Der Niedergang des französischen Theaters. Von Carl Hellmuth Barzid. Es ist ...

Comedie Francaise! 'Comedie Francaise' gibt es kaum einen, der ...

Revue-Bühnen, America's Theatermaschine, die hat in ihrem ...

'Das Wirtshaus zur Kapelle.' Unser neuer Roman. Gustav Schröder, der Verfasser ...

Der Niedergang des französischen Theaters. Von Carl Hellmuth Barzid. Es ist ...

Comedie Francaise! 'Comedie Francaise' gibt es kaum einen, der ...

Revue-Bühnen, America's Theatermaschine, die hat in ihrem ...

'Das Wirtshaus zur Kapelle.' Unser neuer Roman. Gustav Schröder, der Verfasser ...